

05.02.2021

Antrag

**der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der
Bundeskanzlerin am 10. Februar 2021 zum weiteren Umgang mit der Corona-Pandemie:**

**Pandemie weiter ernsthaft bekämpfen - faktenbasierte Entscheidungen treffen – Wege
in eine Normalisierung aufzeigen**

I. Ausgangslage

Das Robert Koch-Institut (RKI) wies am 04.02.2021 mit noch 77,2 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner binnen sieben Tagen einen Rückgang bei dem Inzidenzwert aus. Aber nach wie vor hoch ist die Zahl der Todesfälle in Zusammenhang mit dem Coronavirus. So verzeichnete das Landeszentrum Gesundheit NRW 112 neue Todesfälle binnen 24 Stunden. Die Zahl der Toten in Zusammenhang mit dem Virus stieg in NRW auf insgesamt 11.255. Die Virus-Mutationen und ihre möglichen Auswirkungen auf das Infektionsgeschehen stellen uns vor weitere große und aktuell unbekannte Herausforderungen. Das zeigt, dass die Lage in der Pandemie weiter sehr ernst ist.

Die anstehende Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten (MPK) mit der Bundeskanzlerin am Mittwoch, den 10. Februar 2021 wird über das weitere Vorgehen in der Corona-Pandemie beraten. Es stehen richtungsweisende Entscheidungen an.

Damit Ministerpräsident Armin Laschet die Beratungen des Parlaments in den politischen Entscheidungsfindungsprozess einbeziehen kann, muss im Landtag Nordrhein-Westfalen vor der MPK über das weitere Vorgehen in der Pandemie diskutieren werden. Dies gilt insbesondere vor dieser MPK, weil in den letzten Tagen bereits unterschiedliche Ansätze der im Landtag Nordrhein-Westfalen vertretenen Fraktionen deutlich geworden sind.

Bei der letzten Konferenz wurde unter anderem beschlossen, dass die Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien bis zur MPK vor dem 14. Februar 2021 ein „Konzept für eine sichere und gerechte Öffnungsstrategie“ erarbeiten sollen. Aufgrund der Bedeutung dieser Frage ist es von parlamentarischem Interesse, welche Linie der Ministerpräsident und die Landesregierung bei dieser Frage für unser Land verfolgt.

Die Landesregierung war sich in der bisherigen Pandemie sichtbar uneinig über die zu verfolgende Strategie. Im Fokus aller Bemühungen muss auch weiterhin der Infektionsschutz und die Verhinderung einer Überlastung des Gesundheitssystems stehen. Gleichzeitig sind die gesellschaftlichen und sozialen Belastungen durch den Shutdown hoch. Daher müssen auch für NRW verlässliche Perspektiven entwickelt werden.

Datum des Originals: 05.02.2021/Ausgegeben: 05.02.2021

Kinder und Jugendliche müssen bei einer gerechten Öffnungsstrategie, die Bildung und Gesundheit zusammendenkt, Priorität haben, denn sie sind besonders von den Einschränkungen in ihren Lebenswelten betroffen und Familien in ihrem Alltag stark belastet. Schulen und Kitas sind dabei von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus sind Perspektiven für Räume der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie anderer wichtiger Lebens- und Entwicklungsräume von Kindern wichtig.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. zukünftig vor jeder in Zusammenhang mit der Pandemie stattfindenden Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten (MPK) mit der Bundeskanzlerin den Landtag zu unterrichten.
2. einen Stufenplan auf Grundlage der MPK-Beschlüsse zu erarbeiten, aus dem sich Bedingungen für etwaige Lockerungen in Relation zu bestimmten Parametern (z. B. 7-Tage Inzidenzwert, R-Wert und Mutationsverbreitung, Belastung im Gesundheitssystem, Teststrategie) für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens definieren lassen.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp

Verena Schäffer
Josefine Paul
Mehrddad Mostofizadeh

und Fraktion

und Fraktion